



Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates  
3003 Bern

[gever@bag.admin.ch](mailto:gever@bag.admin.ch)  
[aufsicht@bag.admin.ch](mailto:aufsicht@bag.admin.ch)

Basel, 13. Februar 2026

**Vernehmlassung: 21.453 n Pa. Iv. Hurni. Keine überhöhten Entschädigungen für die leitenden Organe von Krankenkassen zulasten der Versicherten**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 31. Oktober 2025 hat die Präsidentin der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates die Vernehmlassung in obengenanntem Geschäft mit Frist bis 13. Februar 2026 eröffnet. Demgemäss lassen wir Ihnen nachstehend fristgerecht unsere Stellungnahme zukommen.

**1. Vorbemerkung**

Es ist nachvollziehbar, dass die Kostenentwicklung im schweizerischen Gesundheitswesen Emotionen in der Bevölkerung auslöst wie beispielsweise in Bezug auf die Löhne von CEOs der Krankenkassen. Dennoch ist es von grosser Wichtigkeit, Systemanpassungen einzig und allein unter dem Aspekt von Qualität und relevanten Kosten respektive Einsparungen vorzunehmen. Damit wird den Anliegen der Versicherten respektive Patientinnen und Patienten Rechnung getragen.

**2. Zusatzversicherung ausklammern**

Bei der Beurteilung der Löhne von Krankenkassen CEOs muss berücksichtigt werden, dass ein erheblicher Teil davon auf den Zusatzversicherungsbereich entfällt. Somit liegen die für die Beurteilung der vorliegenden Parlamentarischen Initiative relevanten Säläre signifikant unter den publizierten Zahlen, da diese eben den Grund- und Zusatzversicherungsbereich abdecken.

Somit darf die vorliegende Pa.Iv. ausschliesslich auf Basis der OKP-relevanten Lohnbestandteile beurteilt werden, welche geschätzt bei 50% der publizierten Löhne liegen.

### **3. Wettbewerb zulassen**

Um das schweizerische Gesundheitswesen zu entwickeln und Qualität sowie Kostenentwicklung richtig zu beeinflussen, muss das Ziel sein, dass Krankenkassen nicht bloss Zahlstellen, sondern Treuhänder der Versicherten sind.

Hierzu müssen Krankenkassen von fachlich kompetenten Personen geführt werden. Um diese fachlich kompetenten Personen auf dem Arbeitsmarkt zu finden, müssen angemessene Löhne bezahlt werden können. Andernfalls besteht das Risiko, dass Krankenkassen zwar von „günstigeren“, aber weniger kompetenten Personen geführt würden.

Dies könnte einen negativen Impact auf das System haben, der betragsmässig um ein x-faches über den aktuell ausbezahlten Löhnen der CEOs liegen könnte.

Deshalb ist bereits unter diesem Aspekt von einem staatlichen Eingriff in die Entlohnung der CEOs von Krankenkassen abzusehen.

### **4. Fokus auf relevante Themen mit Sparpotential**

Das Bündnis setzt sich explizit und aktiv für mehr Transparenz und Dämpfung der Kostenentwicklung im schweizerischen Gesundheitswesen ein. Leider haben sich die politischen Diskussionen der letzten Jahre immer wieder auf emotionale Themen (so wie hier) und auf Themen mit wenig Impact auf die Kostenentwicklung fokussiert.

Relevante Themen (um nur einige Beispiele zu nennen) wie verbesserter Einsatz der WZW-Kriterien des Art. 33 KVG mit einem enormen Potential, Effizienzsteigerung und Abbau der Bürokratie, Qualitätstransparenz und Qualitätswettbewerb sowie die Eliminierung relevanter Fehlanreize haben ein Sparpotential im Milliardenbereich, finden aber im politischen Prozess zu wenig Beachtung.

Demgegenüber ist das Sparpotential bei den Löhnen der Krankenkassen CEOs nicht systemrelevant:

Grob geschätzt verdienen die CEOs der Schweizer Krankenkassen zusammen rund CHF 20 Mio. pro Jahr, wobei ein erheblicher Anteil davon auf die Zusatzversicherung entfällt.

Und selbst wenn man 50% dieser Saläre auf die Grundversicherung umlegen würde, ergäben sich daraus rund 0.028 Prämienprozent (bei rund CHF 36 Mia. OKP-Prämien 2026), was bei einer Durchschnittsprämie in der Grundversicherung von knapp CHF 400.— im Monat rund 11 Rappen ausmachen würde.

Dies – nota bene – wenn alle CEOs der Schweizer Krankenversicherer im OKP-Bereich kostenlos arbeiten würden. Mit anderen Worten würde eine Absenkung der Löhne im OKP-Anteil eine Einsparung von sogar nur einigen Rappen pro Monatsprämie bringen.

Und folglich ist ein derartiger Systemeingriff im Lichte des irrelevanten Sparpotentials weder sinnvoll noch gerechtfertigt

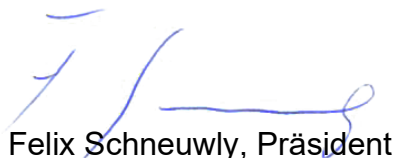
## Fazit / Empfehlungen

Zusammenfassend beantragen wir Ihnen deshalb folgendes:

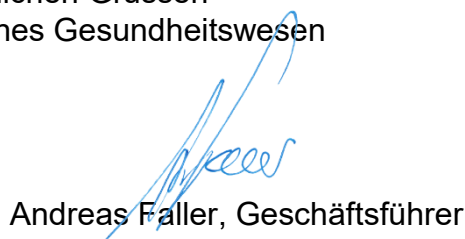
1. Verzicht auf die Umsetzung der vorliegenden Parlamentarischen Initiative wegen fehlender finanzieller Relevanz und drohenden Fehleffekten durch nicht markt-konforme Löhne.
2. Stattdessen Fokus auf tatsächlich kosten- und qualitätsrelevante Themen.

Wir danken Ihnen im Voraus für die wohlwollende Prüfung unserer Empfehlungen und bitten Sie um deren Berücksichtigung.

Mit freundlichen Grüssen  
Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen



Felix Schneuwly, Präsident



Andreas Faller, Geschäftsführer

### **Breit abgestützte und branchenübergreifende Vereinigung mit hoher Legitimation**

Am 5. September 2013 ist in Bern das Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen gegründet worden. Mittlerweile gehören dem Bündnis bereits 27 grosse Verbände und Unternehmen aus allen Bereichen des schweizerischen Gesundheitswesens an.

Das Bündnis ist dank des branchenübergreifenden Charakters und seiner Grösse einzigartig in der schweizerischen Gesundheitslandschaft und schöpft die Legitimation zur Mitwirkung an der Meinungsbildung aus seiner Grösse, seiner breiten Abstützung und der Fachkompetenz seiner Mitglieder.

Das Bündnis engagiert sich für ein marktwirtschaftliches, wettbewerbliches, effizientes, transparentes, faires und nachhaltiges Gesundheitssystem mit einem Minimum an staatlichen Eingriffen und Wahlfreiheit für Patientinnen / Patienten, Versicherte und Akteure unseres Gesundheitswesens.

Das Bündnis kann auf Internet unter [www.freiheitlichesgesundheitswesen.ch](http://www.freiheitlichesgesundheitswesen.ch) besucht werden.